

Marzahn- Hellersdorf

18. Jahrgang / Januar 2008

links

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

Seit über zehn Jahren aktiv im Bezirk ist der Freundeskreis Cuba. Was er geleistet, wie er konkret Cuba unterstützt, mit welchen Themen er sich befasst hat und dass er weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter sucht, erfährt man auf Seite 3

„Um uns selber müssen wir uns selber kümmern!“ - unter diesem Motto wird sich auch die Hauptversammlung der LINKEN Marzahn-Hellersdorf am 19.1. zur weiteren Arbeit der Partei im Bezirk und darüber hinaus verständigen Seite 5

Die Jugendseite - die fünfte in Folge - mit den Themen: Kein Vergeben - Kein Vergessen / E wie Elite / Punk meets BMX sowie Tipps, wie man Kontakt zur Linksjugend bekommen kann: Treff am 1. Sonntag im Monat. Seite 7

Bürgerschaftliches Engagement wichtiger denn je

Liebe Leserinnen und Leser,

die Weihnachtsbäume werden abgeputzt, die Reste der Silvesterknallerei von den Straßen und Wegen gekehrt. Der Start in das neue Jahr fällt dieses Jahr wohl deshalb etwas verhaltener aus, weil die Feiertage durch längere Schulferien gestreckt werden. Aber für viele in unserem Bezirk ist es keine Zeit zu verreisen.

Seit drei Jahren ist das Sozialgesetzbuch II in Kraft, vielen viel besser bekannt als Hartz IV. Als die Linke zu den letzten Bundestagswahlen titelte, „HARTZ IV IST ARMUT PER GESETZ“, wurde sie dafür scharf angegriffen und die VertreterInnen von SPD über CDU bis zu den Grünen widersprachen dem heftig. Heute finden wir die Bestätigung in der gesamten Bundesrepublik, aber auch in Marzahn-Hellersdorf, dafür, dass die Armut wächst und sich die soziale Spaltung der Gesellschaft vertieft. Noch nie gab es in der Bundesrepublik Deutschland so viel Kinderarmut wie heute, auch in unserem Bezirk lebt jedes 4. Kind mit Leistungen nach dem SGB II. Noch nie gab es so viele Sozialbestattungen wie derzeit. Für immer mehr Menschen reicht das wenige Geld weder zum Leben noch zum Sterben. Zugleich steigen die Preise: für Butter und Brot, für Heizung und Benzin, für Bahn und Bus. Der Regelsatz nach SGB II hat sich seit dem 1.1.2005 nicht erhöht. Auf diese Entwicklungen müssen wir uns auch im Bezirk und mit unserer Kommunalpolitik einstellen. Ein wichtiger Schwerpunkt für das Bezirksamt ist die Sicherung der sozialen Infrastruktur - ausreichende Kitaplätze, keine Kürzungen

in der Kinder- und Jugend-, in der Nachbarschafts- und Gemeinwesenarbeit. In enger Zusammenarbeit mit den freien Trägern und



dem bezirklichen Bündnis für Wirtschaft und Arbeit schaffen und gestalten wir für diejenigen, die keine Arbeit am ersten Arbeitsmarkt finden, sinnvolle befristete Arbeitsplätze. Und finden dabei auch Unterstützung durch das Land, auch wenn die Beziehungen zwischen den Bezirken und dem Land nicht konfliktfrei sind. Rot-Rot hat mit dem Haushalt 2008/2009 wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, dass das Netzwerk Kinder-

schutz effektiv arbeiten kann: Dazu gehören u.a. zusätzliche Stellen für die Bezirke, Geld für aufsuchende Elternhilfe und familienunterstützende Maßnahmen. Auch für die Hilfen zur Erziehung stehen im Land über 20 Mio. Euro mehr zur Verfügung als ursprünglich vorgesehen. Ab 2008 wird das Mittagessen für alle Kinder an Ganztagschulen nur noch 23 Euro im Monat kosten, zusätzlich wird es Härtefallfonds an den Schulen geben, um darüber hinaus zu helfen und Kinder aus sozial benachteiligten Familien beim Schulbeginn zu unterstützen.

Aktivitäten, um Neuansiedlungen, wie die einer Solarzellenfabrik oder einer Biogasanlage, und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu sichern, mehr Ausbildungsplätze für die SchulabgängerInnen aus Marzahn-Hellersdorf zu initiieren, gehören ebenso zu unseren Aufgaben für 2008 wie die Fortsetzung des Stadtumbaus im Bereich der Ringkolonnen, die Errichtung des Stadtteilzentrums in Hellersdorf-Süd und das Haus des Sports. All das und mehr ist nur zu bewältigen mit einer engagierten, kritischen und selbstbewussten Bürgerschaft.

Dagmar Pohle
Bezirksbürgermeisterin

Was gibt's noch?

Seite 2:

In eigener Sache /
Petra Pau: Bundestag aktuell!

Seite 3:

Fördern Linke Privatisierungen? /
Freundeskreis Cuba im Bezirk

Seite 4:

Musikbibliothek wird nach Kurt Schwaen
benannt / Rotkäppchen und Häppchen

Seite 5:

Um uns selber müssen wir uns selber
kümmern!

Seite 6:

„Meine Ehre ist mein!“ / Siedlungsgebiete

Seite 7:

Jugendseite

Seite 8:

Tipps und Termine

DIE LINKE.

Stilblüten ... *)

... in der **Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf von Berlin und bei anderen kommunalpolitischen Veranstaltungen gesammelt:**

- vom paritätischen Wohlfahrt
- Besetzung der Frauen im BVV-Büro
- Wortneuschöpfung: verstadträtet
- Ich höre laut zu!
- ... schriftlich aufschreiben
- Geschäftsverordnung
- fußgängliches Langlaufen
- Kandidaten dingfest machen
- Ältestenausschuss
- Wenn die PDS in ihrer Mehrheit ablebt ...
- Kürfraktionssitzung
- menscheln
- Das Bezirksamt spricht mit einer Zunge.
- Die Umsetzung von Geld vollzieht sich strengen Regeln.
- Wir haben die Art Wildschwein ...
- Jungfernberichterstattung
- Vor unseren eigenen Genossen ziehen wir ein nicht vorhandenes Körperteil ein.
- ... widerspricht bei Gott ...
- Standhaus des Rathauses
- horcht Euch das an
- Der Bezirksname ist politisch wichtig, im wirklichen Leben jedoch nicht.
- Ich hatte lächelnd vor mich hin gedacht.
- Ehe jetzt alle erschossen werden ...
- große Größenordnung
- Verwunderungsmütze
- Anmoderation
- Das Hochbauamt hat nichts zu tun ...
- Unsere Wünsche sind wie Wolkenkuckucksheim.
- Frauen und andere Menschen mit Behinderungen ...
- ... die nächste Frage nachfragen.
- Meine Wenigkeit mit einem Nichtswissen ...
- ... würde ich beantragen wollen ...
- ... ansässige Anschrift
- Der Zungenschlag von ... hat mir nicht gefallen.
- Wortneuschöpfungen: Schwachfug, Dunkelfrauen
- Zu den Bezirksverordneten: Das Bezirksamt ist noch Euer Diener und hat zu machen, was Ihr sagt.
- Ein Stadtrat: Ich habe keinen Strom.
- gefühltes Wollen
- Wortneuschöpfung: aufinstruiert
- Aktive Frauen und andere Menschen im Bezirk...
- ... ist eine Phantompartei!
- Tagesordnung im Ausschuss ... : Wir behandeln im Punkt ... die Gäste.
- Die Autofahrer können Fußgänger auf der Fahrbahn runter hupen.
- Wir nehmen jetzt die Mittagspause ein.
- Ein Redner: Ich bin eine betroffene Familie.
- Die Dosis macht das Gift.
- Wortneuschöpfung: Frauschafft
- ... habe eine Bibliothek mitgebracht
- Wortneuschöpfung: Schlüsseldiskussion
- Die linke Partei, oder die, die den Sozialismus als Ziel hat.

*) **gesammelt von S. Behrens**

In eigener Sache

Seit Dezember 1999 arbeite ich als Mitarbeiterin der BVV-Fraktion in deren Büro am Helene-Weigel-Platz im ehemaligen Marzahner Rathaus. In dieser Eigenschaft bin ich auch für die Sprechstunde der Fraktion mittwochs von 14 - 18 Uhr verantwortlich. Eigentlich findet sie täglich statt und meist am Telefon. Vielfältig sind die Anliegen, die die Anrufer und Besucher vortragen. Oft sind es persönliche Probleme, deren Ursachen sozialer Natur sind.

In den sieben Jahren wurde für mich deutlich, dass DIE LINKE über ihr Engagement für soziale Gerechtigkeit definiert und noch immer eher als Partei der Ostdeutschen gesehen wird. Ob es um Arbeitslosigkeit, drohende Wohnungslosigkeit, Fragen zum Mietspiegel, zu Hartz IV, zu Abgaben und Gebühren oder zu konkreten kommunalpolitischen Problemen wie Stadumbau, Straßenumbenennungen, Bebauungsplänen, Baumfällungen, Verkehrsfragen u.a. geht, für alle wird zumindest ein Ansprechpartner gefunden. Nicht immer kann ein Problem gelöst werden. Wichtig ist die Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Anliegen. Manchmal ist es einfach das Zuhören, das gefragt ist. Als „gute Seele der Fraktion“ ist mir der Kontakt zu den Bürgern das Wichtigste. Leider können wir nicht immer helfen, weil die Partei bzw. die Politik nicht für alle an uns gerichteten Fragen und Beschwerden zuständig sind. Wenn es beispielsweise um den illegalen Zigarettenhandel, Ordnungswidrigkeiten oder Streitigkeiten zwischen Mietern im Haus geht. Ohne einen Rat musste jedoch noch keiner gehen.

Petra Pau (MdB): Widersprüche und Differenzen

Im November vorigen Jahres beschloss die Mehrheit des Bundestages ein Denkmal der „Einheit und Freiheit“. Es soll in Berlin stehen, an die Ereignisse von 1989/90 erinnern, Freude und Stolz spenden.

Im Dezember beantragte die Fraktion DIE LINKE, die im Osten üblichen Löhne, Gehälter und Renten bis 2012 endlich an das West-Niveau anzugleichen. Die Mehrheit im Bundestag war dagegen.

Auf der Jahrestagung

des Deutschen Beamtenbundes mahnte ich neulich: „Es ist doch widersinnig, wenn sonntags der Fall der Mauer gefeiert wird, aber alltags noch immer ein Limes durch die Tarifverträge geht!“

Die Bundesregierung will ein weiteres Denkmal. Es soll den im Ausland kämpfenden Soldaten der Bundeswehr gewidmet werden. Ob mit „Ruhm und Ehre“ oder mit „Dank und Anerkennung“ ist noch unklar.

Allerdings ist ein in Afghanistan zeretztes Soldatenbein-Ost immer noch weniger wert, als ein ebendort zerschossenes Soldatenbein-West. Zur Erinnerung: Wir schreiben das Jahr 18 der neuen deutschen Einheit.

Ich wünsche mir für das neue Jahr, dass mehr Genossinnen und Genossen den Weg zur Fraktion finden. Die BVV-Sitzungen im behindertengerechten Saal des Freizeitforums



Sabine Behrens.

Foto: privat

sind öffentlich. Außerdem ist jeder besetzte Gästeplatz einer weniger für die Anhänger der NPD. Die Fraktionsprechstunde steht auch den Mitgliedern der Basisorganisationen offen. Sind Mitglieder der LINKEN nicht auch Bürgerinnen und Bürger und haben sie nicht auch ein Interesse, dass die Umsetzung der großen Politik auf kommunaler Ebene im Stadtbezirk, im Kiez eine linke Handschrift trägt? Nutzt neben den Hauptversammlungen die Möglichkeit zur kritischen Begleitung der Fraktionsarbeit und ruft an unter 54431890 oder schaut mittwochs im alten Marzahner Rathaus, Raum 312/313 vorbei.

Sabine Behrens

Seit Jahren fordert DIE LINKE gesetzliche Mindestlöhne. Denn von Arbeit muss man leben können. Durchaus übliche Löhne von drei bis fünf Euro je Arbeitsstunde sind zum Leben zu wenig und zum Sterben zuviel.

Sie sind obendrein doppelt ungerecht. Die so genannten Arbeitgeber saugen mit Mini-Löhnen Extra-Profit. Und die normalen Steuerzahler begleichen mit ihren Abgaben die staat-

lichen „Aufstocker-Beträge“.

So wird weiter von Unten nach Oben umverteilt. Heraus kommt größerer Reichtum und mehr Armut. Auch hier greift die Ost-West-Schere. Die Reichen wohnen im Süd-Westen, die Armen im Nord-Osten.

Die SPD hat das Thema endlich aufgegriffen. Das ist gut so. Aber wieder hat sie die Mauer im Kopf. Briefzusteller-Ost sollen nun reichlich acht Euro, Briefzusteller-West sollen knapp zehn Euro je Stunde bekommen.

Was aber begründet die Differenz? Warum tragen auch die Gewerkschaften weiterhin diese künstliche Teilung mit? Und was hilft eine CDU-Kanzlerin aus dem Osten, wenn sie das alles hinnimmt?

Fördern Linke die Privatisierung öffentlicher Leistungen?

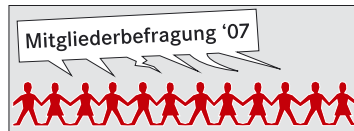
Freie Träger der Jugendhilfe übernehmen wichtige Aufgaben im Kinder- und Jugendbereich II

In der Dezember-Ausgabe dieses Infoblattes schreibt Dr. Margit Barth: „Kinder, Jugendliche und Eltern haben nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz das Wunsch- und Wahlrecht. ... unterschiedliche Wertorientierungen, verschiedene inhaltliche Konzepte und methodische Ansätze und Arbeitsformen sind in der Kinder- und Jugendhilfe nicht nur gewünscht, sondern auch notwendig.“

Als Stadträtin mit Mandat der LINKEN hieß und heißt das für mich und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meiner Abteilung, jederzeit eine genaue, sehr verantwortungsbewusste Prüfung der Träger und ihrer Angebote im Interesse der Kinder, Jugendlichen und der Eltern. Aber es heißt auch, permanent Widerstand zu leisten gegen die Kräfte und politischen Parteien, die lieber heute als morgen alle Leistungen, auch die der Kinder- und Jugendhilfe privatisieren wollen.

Ein gutes Beispiel ist hierfür der Kita-Eigenbetrieb, mit dem wir 30 % der Kita-Plätze im staatlichen Bereich sichern konnten. Von Beginn an war der Kita-Eigenbetrieb zum Erfolg

„verdammte“, gab es doch genug, die sich über sein Scheitern gefreut und eine solche Entwicklung gern für die komplette Privatisierung genutzt hätten.



**Aus der Mitgliederbefragung:
Warum gibt es keinen
deutlichen Widerstand
gegen Privatisierungen?**

Und das sind die Fakten aus zwei erfolgreichen Jahren Kita-Eigenbetrieb NordOst, einem gemeinsamen Ringen der Bezirke Pan-kow, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf:

- Die Einrichtungen im Eigenbetrieb überzeugen durch gute Angebote und qualifiziertes Personal sowie durch äußere bauliche Attraktivität an vielen Standorten.

- Ein eigenes Leitbild, auch ein eigenes Maskottchen (KiGöNo – blaues Känguru) sind entwickelt.

- Im Oktober 2007 wurde ein eigenes Bildungs- und Begegnungszentrum in der Reriker Straße eröffnet.

- Noch im gleichen Monat wurde in der Butonistraße das erste Familienzentrum im Eigenbetrieb eröffnet.

- Der Eigenbetrieb hat sich für verschiedene Wirtschaftsunternehmen geöffnet, um das eigene pädagogische Profil weiter zu vertiefen.

- Die wirtschaftliche Bilanz des Jahres 2006 weist schwarze Zahlen auf, also bereits im ersten Jahr des Bestehens schließt der Eigenbetrieb mit einem Überschuss ab.

- Die beständige hohe Belegung der Kita-Plätze beweist nicht zuletzt, dass der Kita-Betrieb im Kontext der Kita-Trägerlandschaft nicht mehr wegzudenken ist.

Nicht mehr wegzudenken? Nein! Gezielte Anstrengungen linker Politikerinnen und Politiker, wichtige Leistungen gerade für unsere Kleinsten unter staatlicher Aufsicht zu behalten. Und das bleibt auch so!

Dr. Manuela Schmidt

Freundeskreis Cuba Marzahn-Hellersdorf: Seit über zehn Jahren aktiv

Aus Anlass des 70. Geburtstages und des 40. Todestages von Tamara Bunke wurde vom Freundeskreis Cuba Marzahn-Hellersdorf als Initiator, der AG „Cuba sí“ beim Parteivorstand „DIE LINKE“ und der Tageszeitung „Neues Deutschland“ am 2.11.2007 im Münzenbergsaal des ND-Gebäudes eine Veranstaltung durchgeführt. Herzlich begrüßte Gesprächspartner waren der Botschafter der Republik Cuba, Gerardo Peñalver, und der Sekretär der Botschaft Boliviens, Bernardo Mamani. Beide berichteten über die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation in ihren Ländern und würdigten Tamara Bunkes Wirken als enger Kampfgenossin von Che Guevara für ihre Länder. Elisabeth Dietze stellte Tamara Bunkes Engagement in einer Ausstellung dar und berichtete über ihre gemeinsame Arbeit innerhalb der FDJ und ihre Freundschaft mit Tamara. Anschließend



Blick in den vollen Münzenbergsaal am 2. 11. 2007.

Foto: privat

wurde der Dokumentarfilm „Tania La Guerrillera“ der Schweizer Regisseurin Heidi Specogna gezeigt, der mit viel Beifall aufgenommen wurde.

Die von den Teilnehmern gespendeten 533 EURO wurden an den Verein SODI überwiesen zur Finanzierung medizinischer Geräte

für das Kinderkrankenhaus „Hermanos Ameijeiras“ in Havanna.

Diese Veranstaltung war der Höhepunkt unserer Aktivitäten im Jahr 2007, in dem wir insgesamt 1548 Euro für Projekte in Cuba gesammelt haben.

Der Freundeskreis wurde vor über zehn Jahren von dem viel zu früh verstorbenen

übernahm, Helga Niebisch, Otto Abraham, Dr. Peter Kohler, Georg Brozek, Sabine Schmidt, Brigitte Jäschke, Dieter Hildebrandt und ich, die aktiv mitwirkten.

In den vielen organisierten Veranstaltungen, u.a. mit den Botschaftern Cubas und Venezuelas, Buchlesungen, u.a. Horst Schäfer „Im Fadenkreuz: Kuba“, will der Freundeskreis

seinen Beitrag zur Verbreitung der Wahrheit über Cuba leisten. Darüber hinaus wurden seit 1995 über 15 000 Euro für Projekte in Cuba, insbesondere für „Milch für Cubas Kinder“, gesammelt und gespendet. In den ersten Jahren kamen über Spendenaufrufe über 100 Fahrräder, unzählige Brillen, später auch Tischrechner und zwei Computer für Cuba zusammen. Der Freundeskreis bedankt sich bei den zu den Veranstaltungen immer so zahlreich erschienenen Cuba-Freunden und für ihre Spendenfreudigkeit.

Der Freundeskreis wird sich auch künftig aktiv für Cuba einsetzen und würde sich über weitere Mitstreiter freuen. Treffpunkt ist jeden 3. Donnerstag im Monat um 18.00 Uhr im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10 - 12 in 12627 Berlin-Hellersdorf, wenige Minuten Fußweg vom U-Bahnhof Hellersdorf entfernt.

Gerhard Leinhübner, von Hans Rörster und seiner einer heimtückischen Krankheit erlegenen Frau Gisela ins Leben gerufen. Zu den ersten Mitstreitern gehörten Hella Luchtenberg, Annelies Wachsmann und Matthias Herold. Hinzu kamen später Bärbel Gest, die Anfang 2007 die Leitung von Hans Rörster

Jürgen Gest

Musikbibliothek wird nach Kurt Schwaen benannt

Am 13. Dezember trat die BVV zu ihrer letzten Sitzung im Jahr 2007 zusammen, der eine Filmvorführung voranging. Gezeigt wurde die Dokumentation „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ über die interkulturelle Arbeit der Stadtteilzentren im Bezirk. Wie dringend die Auseinandersetzung mit dem Wirken rechtsextremer Kräfte auch in Marzahn-Hellersdorf ist, machte Regina Kittler deutlich, die in einer Erklärung aller demokratischen Fraktionen die jüngsten rechtsextremen Übergriffe gegen den „Kieztreff Interkulturell“ der Volksolidarität in der Marzahner Promenade verurteilte. Am Morgen des 10. Dezember hatten Mitarbeiter des Stadtteilzentrums zum wiederholten Male Aufkleber der NPD mit ausländerfeindlichem Inhalt am Fenster der Einrichtung feststellen müssen. Zudem hatten die offenkundig rechtsextremen Täter einen Schweinskopf hinterlassen.

Für Aufregung sorgte ein Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU, dem Projekt „Arche“ auch 2008 den Betrag in Höhe von 18.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Nach-

dem sowohl Jugendhilfeausschuss als auch Hauptausschuss in ihren Stellungnahmen eine Ablehnung empfohlen hatten, fand der Antrag in der BVV in geheimer Abstimmung keine Mehrheit und wurde mit 23 gegen 21 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Der Abstimmung voraus ging eine zum Teil hitzige Debatte zwischen den Fraktionen. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Klaus Mätz, würdigte die Leistungen der „Arche“ und forderte eine politische Signalsetzung der BVV jenseits der Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses.

Der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion, Klaus-Jürgen Dahler, verteidigte die Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses und machte zugleich auf die Dimensionen und Ursachen des zugrunde liegenden Problems aufmerksam. In Berlin leben aktuell ca. 90.000 Kinder von den viel zu geringen Leistungen nach SGB II (Hartz IV), allein im Bezirk Marzahn-Hellersdorf sind es etwa 15.000, Tendenz stark steigend. Hartz IV bedeutet hier ganz unmittelbar Armut und eine massive Benachteiligung der Kinder in ihren

Entwicklungsmöglichkeiten. Er erneuerte die Forderung der Linksfraktion im Bundestag nach Einführung einer Kindergrundsicherung und verurteilte die zeitgleich stattfindende neuerliche Beschlussfassung der großen Koalition aus SPD und CDU im Bundestag, die am 13. Dezember beschloss, Hartz-IV-Empfängerinnen und Empfängern im Falle eines Krankenhausaufenthalts die Leistungen um 35 Prozent zu kürzen – verpflegt würden sie ja in dieser Zeit vom Krankenhaus, so die Begründung durch Schwarz-Rot.

Die Sitzung endete mit einem erfreulichen Beschluss: Ohne Gegenstimme beschloss die BVV einen Antrag der LINKEN, die Musikbibliothek der Mark-Twain-Bibliothek im Freizeitforum Marzahn nach dem jüngst verstorbenen Komponisten Kurt Schwaen (1909-2007) zu benennen. Schwaen lebte und arbeitete seit 1956 in Berlin-Mahlsdorf. Die Musikbibliothek enthält bereits einen Großteil des Werks des bedeutenden zeitgenössischen Komponisten.

Torsten Kläring

Rotkäppchen und Häppchen

Zu den typischen lokalpolitischen Ritualen gehört es, dass Anfang des Jahres die Parteien zu ihren Neujahrsempfängen einladen. Um der Empfangsstürmerei Anfang eines jeden Jahres zu entgegenen, luden der Bezirksvorstand der LINKEN, die Bundestagsabgeordnete Petra Pau sowie die Linksfraktion in der BVV am 14. Dezember 2007 zum Jahresempfang ins Kultur-Gut Marzahn ein. VertreterInnen von Vereinen und Verbänden unseres Bezirks waren gekommen und auch der eine



Begrüßten die Gäste herzlich: Petra Pau (MdB) und Norbert Seichter (Bezirksvorsitzender). Foto: Rami

oder die andere PolitikerIn ließ sich sehen. Norbert Seichter betonte in seiner Begrüßungsrede, dass wir nicht nur den Dialog mit den demokratischen Parteien suchen und führen wollen, sondern vielmehr mit allen Akteuren, eben Engagierten aus Kultur- und Sozialverbänden, für unseren Bezirk streiten möchten.

Fraktionsvorsitzender Klaus-Jürgen Dahler verwies darauf, dass DIE LINKE eine besondere sozialpolitische Verantwortung im Bezirk habe und somit zusammen mit freien Trägern und Ehrenamtlichen für die Betroffenen

in prekären Lebenssituationen eintrete. Die Gäste und GastgeberInnen nutzten die Gelegenheit, in lockerer Stimmung über die kommunale Politik, aber auch ganz Persönliches ins Gespräch zu kommen.

DIE LINKE ist keine Lobby-Partei, und gerade deshalb wäre es ein gutes Zeichen, wenn wir auch künftig eine solche Veranstaltung nutzen würden, um Menschen, die sich für unseren Bezirk auch manchmal ganz unbemerkt engagieren, zusammen zu bringen.

Den Gästen, zu denen auch Uwe Klett, künftiger Bürgermeister von Fredersdorf-Vogelsdorf, gehörte,

gefiel's bei „Rotkäppchen“-Sekt und leckeren Häppchen.

Bjoern Tielebein

Jeden Donnerstag
von 10.00 bis 13.00 Uhr
LINKER TREFF
Henny-Porten-Str. 10-12
12627 Berlin
Sprechstunde des Fraktionsvorsitzenden Klaus-Jürgen Dahler
für soziale Akteure
und Hilfe für Arbeitslose

Mehr LINKE im Internet:

die-linke.de
die-linke-berlin.de
dielinke-marzahn-hellersdorf.de
petrapau.de

Bei anderen gelesen:

Zitat der Woche unter
<http://zitate.net/>

*Willst du den Charakter
eines Menschen erkennen,
so gib ihm Macht.*

Abraham Lincoln
12.02.1809 - 15.04.1865
US-Staatsmann
und 16. Präsident der USA

*Nicht weil es schwer ist,
wagen wir es nicht,
sondern weil wir es nicht
wagen, ist es schwer.*

Lucius Annaeus Seneca
römischer Philosoph,
Dramatiker und Staatsmann

„Um uns selber müssen wir uns selber kümmern.“

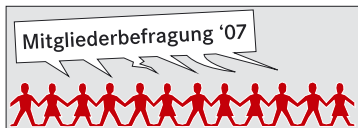
Unter dieses Motto haben wir in den Arbeitsgruppen und im Vorstand die Debatten zur Auswertung der Mitgliederbefragung gestellt. Die Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse liegt in Form des Entwurfes unseres Leitantes nunmehr allen Basisorganisationen und Delegierten für die Hauptversammlung am 19. Januar vor. Wir haben die Mitglieder befragt, die Vorschläge, die wir mit dem Leitantes unterbreiten, sind nur dann gut, wenn sie von unseren Mitgliedern auch angenommen werden. Deshalb bitten wir alle um eine rege Diskussion und erwarten weitere Hinweise in Form von Änderungsanträgen zu diesem Leitantes.

Wir müssen mehr Möglichkeiten schaffen, um das riesengroße Potential unserer Mitglieder an Lebenserfahrung, fachlicher und politischer Bildung wirksamer werden zu lassen. Wir sind als Partei nicht für uns selber da, aber wenn wir uns um uns und die Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirkes nicht selber kümmern, wird es, was uns angeht, niemand tun, und was das politische Klima und die Kommunalpolitik betrifft, die politische Konkurrenz.

Die bezirklichen Wahlergebnisse für unsere Partei entsprechen einer hohen Akzeptanz für unsere Kommunalpolitik in der Mitgliedschaft, das ist Anspruch und Verpflichtung zugleich. Die Stimmenverluste bei den jüngsten Wahlen waren der unmittelbare Anlass für die Mitgliederbefragung, also sind die vorgeschlagenen Maßnahmen unter diesem Gesichtspunkt auf ihre Tauglichkeit zu prüfen. Vieles in unserer Arbeit hat sich bewährt, gewährleistet unsere Stabilität.

Nicht alles müssen wir neu erfinden. Legt man den Entwurf unseres Leitantes zu Grunde, liegt nahe, unter Einbeziehung unseres Wahlprogramms, der Zusammenfassung der Ergebnisse der Mitgliederbefragung und weiterer analytischer und programmatischer Dokumente langfristig eine Leitbildebate zu unserem Bezirk zu führen.

DIE LINKE braucht, will sie nicht aussterben, Nachwuchs. Erfahrungsgemäß kommen Neumitglieder aus allen Altersgruppen, dennoch gilt der Jugend unsere besondere Aufmerksamkeit. Die vorhandenen Strukturen - Jugendverband [solid] - sind so zu unterstützen, dass deutlich wird, wir bringen der Jugend in unserer Partei Vertrauen entgegen und übertragen ihr Verantwortung. Nichts kann das persönliche Beispiel, das politische Vorbild der Großeltern- und Elterngeneration, trotz oder auch wegen der Niederlage des Sozialismus ersetzen. Die Ideale sind bleibend. Wir dürfen nicht zulassen, dass das Band zwischen der politisch erfahrenen Großeltern- und Elterngeneration und der Jugend reißt.



Die Mitgliederbefragung hat gezeigt, dass zu einer Reihe von Fragen unter den Mitgliedern deutliche Meinungsunterschiede existieren. Als demokratische Partei orientieren wir uns an Mehrheiten, aber für eine erfolgreiche politische Arbeit ist auch die Meinung der - mitunter beachtlich großen - Minderheiten wichtig. Deshalb brauchen wir eine Kultur der Diskussion, in der auch abweichende Meinungen akzeptiert und geschätzt sind, beachtet, durchdacht und sachlich bewertet werden.

Wir brauchen eine offensivere Öffentlichkeitsarbeit. Stärker zu beachten haben wir die Verbesserung der innerparteilichen Kommunikation. Wenn die Mehrzahl unserer Mitglieder der Auffassung ist, dass wir Wählerinnen und Wähler deshalb verloren haben, weil unsere Erfolge in der Regierungsverantwortung unzureichend bekannt waren, spricht das für sich. Schließlich haben sich die Mög-

lichkeiten durch neue Medien dramatisch verändert, genannt sei hier nur das Internet, das immerhin durch fast die Hälfte unserer Mitglieder genutzt wird.

Der Leitantes formuliert zwar Aufgaben, Initiativen und Verantwortlichkeiten, aber damit ist die Arbeit noch nicht geleistet. Durch den Vorstand, die Fraktion und alle anderen sind Maßnahmen auszuarbeiten, die Umfang, Zeitplan und persönliche Verantwortung festlegen. Wir haben damit bereits begonnen. In einer ersten Überlegung sind elf Arbeitsgruppen des Vorstandes konzipiert worden, die durch Vorstandsmitglieder geleitet werden, in ihnen sollen weitere GenossInnen mitarbeiten. Diese Arbeitsgruppen decken alle Themenkomplexe des Leitantes ab.

Das ist auch ein konkretes Angebot an die Delegierten, an die Basisorganisationen, mitzumachen. Die Arbeitsgruppen werden die zukünftige Tätigkeit des Vorstandes prägen.

Norbert Seichter
Bezirksvorsitzender

In Friedrichsfelde am 13. Januar

Genossinnen und Genossen haben sich damit befasst, welcher Opfer des Stalinismus sie denn persönlich gedenken könnten, wenn sie dem Vorschlag unseres Bezirksvorstandes folgend, am 13. Januar eine Blume am „Stein des Anstoßes“ hinlegen. Haben diese Opfer ein Gesicht? Ja, die Opfer haben ein Gesicht, die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat 2006 Forschungsergebnisse veröffentlicht, der Titel lautet „Verurteilt zur Höchststrafe: Tod durch Erschießen. Todesopfer aus Deutschland und deutscher Nationalität im Großen Terror in der Sowjetunion 1937/1938“. Die Wissenschaftler führen in dem Buch 567 Menschen auf, deren Leben unter Stalin unschuldig geopfert wurde. Circa 80 der Genannten sind in Berlin geboren, von ihnen nenne ich hier einige:

Altmann, Heinz (auch Schreiber, Heinz), 1905 - 1939
Burde, Fritz (auch Burchard, Fritz), 1901 - 1938
Dobranitzkaja, Susanne (geb. Wansleben), 1896 - 1937
Flieg, Leo (auch Nowak), 1893 - 1939
Halle, Felix, 1884 - 1937
Höflich (russ. Geflich), Gertrud, 1911 - 1937
Kunt, Alfred, 1904 - 1937
Müller, Erna (auch Rontke, Lucie/Lydia), 1903 - 1937
Niederkirchner, Paul, 1907 - 1938
Pritwitz, Maria, 1889 (1898?) - 1938
Stange, Franz (auch Stamm, Franz), 1903 - 1939
Winkler, Willi, 1899 - 1938.

Das Buch mit umfangreicher Namensübersicht und dazu gehörigen Kurzbiographien liegt in der Geschäftsstelle aus, man kann es auch im Internet unter www.rosalux.de aufrufen.

Sie alle, das sind 567 Deutsche, haben in der Sowjetunion Schutz gesucht, aber auch aktiv am wirtschaftlichen und politischen Leben mitgewirkt, wollten die neue Gesellschaft mit aufbauen. Ihr Traum erfüllte sich nicht.

Wilfried Maier
Mitglied des Bezirksvorstandes

Straße und Platz nach Otto Rosenberg benannt

Seit dem 16. Dezember 2007 trägt das Rondell am westlichen Aus- und Eingang des S-Bahnhofs Raoul-Wallenberg-Straße den Namen Otto-Rosenberg-Platz. Die davon abgehende Straße wurde ebenfalls nach Otto Rosenberg benannt. 63 Jahre nach dem Ende der Nazi-Diktatur erhält der Ausschwitz-Überlebende stellvertretend für Tausende Sinti und Roma, die im Zwangslager Marzahn an eben diesem Ort seit 1936 gelitten hatten, diese Würdigung. Im Juni 2007 gaben Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle und die Vorsteherin der BVV, Petra Wermke, die Verpflichtung ab, eine angemessene Würdigung



des Sinto Otto Rosenberg und der von den Nazis verfolgten Sinti und Roma am Ort des Geschehens vorzunehmen.

Mehr als 100 TeilnehmerInnen waren gekommen, um gemeinsam mit Petra Rosenberg, der Vorsitzenden der Vereinigung Deutscher Sinti und Roma, der Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau sowie VertreterInnen aus Bezirks- und Landespolitik die feierliche Benennung zu begehen.

Während der anschließenden Feierstunde im Schloss Biesdorf hob Gregor Gysi die Notwendigkeit hervor, vor allem gegen immer noch bestehenden Antiziganismus einzutreten. Otto Sander las aus Otto Rosenbergs Buch über dessen eigenes Erleben und das Leben der Sinti und Roma im Dritten Reich „Das Brennglas“. Marianne Rosenberg, bekannt als Musikerin, sang zu Ehren ihres Vaters und mahnte zu gegenseitiger Akzeptanz.

Auch wenn es lange Zeit gedauert hat, bis am authentischen Ort der Verbrechen nunmehr der Opfer auch sichtbar gedacht wird, kann es wohl kaum eine bessere Würdigung geben, als Otto Rosenbergs Namen fest im Straßenbild zu verankern. Dagmar Pohle: „Straßennamen sind immer Ausdruck, wie wir mit unserer Geschichte umgehen und welche Konsequenzen wir daraus gezogen haben.“

Bjoern Tielebein / Foto: Rami

Politische Bildung:

„Meine Ehre ist mein!“

Es ist genau 100 Jahre her, dass Karl Liebknecht wegen seiner antimilitaristischen Überzeugung – wegen „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“, wie es damals hieß – erstmals verurteilt wurde: 1½ Jahre Festungshaft lautete das Urteil für die Veröffentlichung seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“. Liebknecht hatte damit den Nerv des Zeitgeistes zwischen der damaligen Friedensbewegung Bertha von Suttner („Die Waffen nieder!“, 1889), des freidenkerischen Monistenbundes (1906 von Ernst Haecckel gegründet) und den antimilitaristischen Positionen der sozialdemokratischen Linken auf der einen und den Kriegsplänen des deutschen Großkapitals und Militärs auf der anderen Seite getroffen. In seiner Schlussrede vor der Urteilsverkündung erklärte Karl Liebknecht: „Ich will den Frieden, der Oberreichsanwalt aber die Gewalt. Ich verfolge den Zweck, die Entscheidung über Krieg und Frieden aus dem Dunkel der Kabinette und Diplomatschleichwege herauszuholen und an das Licht der Öffentlichkeit zu ziehen. [...] Ich will, dass die Entscheidung über Krieg und Frieden dem Willen des ganzen Volkes unterstellt werde [...] Ich will schließlich, dass unser Heer nicht gegen den inneren Feind, zum Bürgerkrieg, verwendet werde. [...] Was ich von meiner Gesinnung zu halten habe, das weiß ich. Meine Ehre ist mein...!“ – Wo stehen wir eigentlich heute? Wir ehren Rosa und Karl jedes Jahr im Januar nicht nur, weil sie im eigenen Land konsequent gegen den 1. Weltkrieg kämpften, weil sie aus dem Spartakusbund am 1. Januar 1919 die KPD mit gründeten, weil sie am 15. Januar 1919 hinterhältig und brutal ermordet wurden. Wir ehren Rosa und Karl nicht,

weil sie von den Parteioberen zu Ikonen des Sozialismus „erhoben“ wurden. Wir ehren Rosa und Karl auch, weil sie uns mit ihren Biographien das widerspruchsvolle Suchen nach einer gerechteren Welt zwischen Versuch und Irrtum, zwischen Theorie und Praxis, zwischen Glück und Enttäuschung als Menschen vorgelebt haben, die in ihrer kämpferischen politischen Konsequenz auch immer angreifbar und verletzbar waren und sich, von Zweifeln geplagt, immer wieder selbst in Frage stellten.

Das wir Rosa und Karl heute so menschlich, unserem eigenen Suchen und Zweifeln so nahe empfinden, verdanken wir in ganz bedeutendem Maße Annelies Laschitzka. Sie hat mit ihrem wissenschaftlichen Werk unsere Sicht auf Rosa und Karl farbiger, lebendiger gestaltet. Ihr im September erschienenen Buch „Die Liebknechts. Karl und Sophie. Politik und Familie“ (Aufbau-Verlagsgruppe, ISBN 978-3-351-02652-3) steht ganz in dieser Tradition. Sie beschreibt Karl und Sophie Liebknecht in ihren Träumen, Leidenschaften, philosophischen und musischen Ambitionen, privaten und politischen Konflikten (Klappentext). Fesselnd schildert sie das Schicksal des Prototyps eines sozialistischen Intellektuellen, der mit seiner Familie deutsche Geschichte wie kaum ein(e) andere(r) geschrieben hat.

Genauso fesselnd, wie das Buch geschrieben ist, hat Annelies Laschitzka die Gäste des Marzahner Gesellschaftspolitischen Forums am 11. Dezember in ihrem Bann gezogen und sie durch ihren Bericht über die Liebknechts am Entstehungsprozess ihres jüngsten Buches teilhaben lassen.

Dr. Wolfgang Girus

Siedlungsgebiete:

DIE LINKE hält Wort!

DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf hat sich in den vergangenen Jahren dafür stark gemacht, dass eine Reihe von Strukturentscheidungen zur Entwicklung der Siedlungsgebiete in Biesdorf, Friedrichsfelde-Ost, Kaulsdorf und Mahlsdorf durch das Land Berlin und das Bezirksamt umgesetzt werden. Eine wichtige Forderung (über die hier in diesem Infoblatt mehrfach berichtet wurde) ist der Anschluss von Mahlsdorf-Nord an das Berliner Abwassernetz. Das neue Investitionsprogramm der Wasserbetriebe sieht eine Summe von 46 Mio. Euro vor, um die Siedlungsgebiete anzuschließen. Im Jahre 2009 soll in Mahlsdorf-Nord der Ausbau beginnen. Dieser soll bis zum Jahre 2013 abgeschlossen sein. Die Bemühungen der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und solcher aktiven Genossen unserer Bezirksorganisation wie Lore Held und Eberhard Roloff haben sich hier gelohnt. Der Bezirk hat mit der LINKEN-Mehrheit im Bezirksamt und durch das politische Wirken der Partei in der BVV dazu beigetragen, dass die von der LINKEN eingebracht-

te bezirkliche Beschlussfassung zum Straßenausbaubeitragsgesetz umgesetzt wird. Nur bei Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger sollen mit Ausbaubeiträgen verbundene Baumaßnahmen umgesetzt werden. Bisher wurden in den Siedlungsgebieten keine mit Ausbaubeiträgen verbundenen Baumaßnahmen durchgeführt. Trotz des bezirklichen Konsolidierungsprogramms werden ab 2008 sowohl in Mahlsdorf, als auch in Biesdorf Bürgerämter vor Ort tätig sein. Das Krankenhaus Kaulsdorf konnte in diesem Jahr durch die vom rot-roten Senat bereitgestellte Investitionssumme von 47 Mio. Euro mit der notwendigen Sanierung beginnen. Das Schloss Biesdorf konnte weiter saniert werden, und das Theater am Park erhielt einen langjährigen Miet- und Nutzungsvertrag. Mit diesen Ergebnissen haben wir die ersten Wahlziele erreicht und Wort gehalten.

Klaus-Jürgen Dahler
Fraktionsvorsitzender der LINKEN
in der BVV

Kein Vergeben. Kein Vergessen.

Kundgebung in Gedenken an die Opfer des deutschen Antisemitismus und Rassismus

Das Bündnis „Kein Vergessen“ veranstaltet am 26. Januar 2008 auf dem Alice-Salomon-Platz ab 15 Uhr eine Kundgebung in Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Neben VertreterInnen des Bündnisses ist als Rednerin die LINKE-Bundestagsabgeordnete Petra Pau eingeladen.

Das Bündnis „Kein Vergessen“ nimmt das Gedenken anlässlich des 63. Jahrestages der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 zum Anlass, um auch in Marzahn-Hellersdorf der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken.

Während der NS-Zeit wurden aus und in diesem Berliner Ortsteil Hunderte Menschen verschleppt, in Lager deportiert, zu Zwangsarbeit verklavt und in den deutschen Gaskammern ermordet. Das wahrscheinlich erste bezirkliche Opfer des deutschen Antisemitismus war der Biesdorfer Arzt Dr. Arno Philippsthal, der bereits im März 1933 von der SA verhaftet, mehrfach gefoltert und dann ermordet wurde.

Wie perfide der antisemitische Wahn der Deutschen war, zeigt das Beispiel der Straßenumbenennungen aus dem Jahr 1938. Am 16. Mai wurden sieben Straßen umbenannt, die Namen jüdischer Künstler trugen. Alles jüdische

Leben sollte nach dem Willen der Nazis ausgelöscht werden. Bis heute ist diese antisemitische Tat nicht gesühnt. Alle Fraktionen, bis auf DIE LINKE, lehnten im September 2007 mit geschichtsrevisionistischen Verweisen auf die Schaffung von „neuem Unrecht“ einen Antrag zur Rückbenennung ab.

Sylvana Weißenfels



E wie Elite

Bildung und Chancengleichheit sind zentrale Anliegen, möchte mensch eine gerechtere Gesellschaft erreichen. Die Etablierung einer „Elite“ widerspricht dem grundsätzlich. Elite bedeutet heute Wissenselite, denn Ausbildung und Wissen sind Voraussetzung für eine Tätigkeit die als „Eliteposition“ bezeichnet werden könnte. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn diese Möglichkeit allen Menschen offenstehen würde.

Zur Zeit jedoch werden wenige „Elite-Unis“ besonders gefördert, währenddessen viele Studierende an anderen Hochschulen in überfüllten Hörsälen sitzen. Dass dies dazu führt, dass nur diejenigen an den Vorzeige-Universitäten studieren, die es sich auch leisten können, ist ein nicht hinnehmbarer Zustand. Der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Erfolg im Bildungssystem wird durch Elite-Universitäten noch weiter verstärkt.

Bildung auf höchstem Niveau muss allen Studierenden ermöglicht werden. Nur so kann Fachkräftemangel verhindert und können innovative Ideen gefördert werden.

Christian Schwinge

Kontakt zur Linksjugend:

Geschäftsstelle DIE LINKE
Marzahn-Hellersdorf

Henny-Porten-Straße 10-12
12627 Berlin

Internet: www.linksjugend.org
E-Mail: linksjugend@web.de

Treffen des Jugendverbandes jeden
ersten Sonntag um 16:00 Uhr
in der Geschäftsstelle

Punk meets BMX

Einer der subkulturellen Höhepunkte im vergangenen Jahr war das „Resist to Exist“-Festival 2007. Fand das dreitägige Konzertereignis vorher auf der Parkbühne Biesdorf statt, wollten die Veranstalterinnen den Besucherinnen im letzten Jahr einen ganz besonderen Höhepunkt an attraktiver Location bieten. Zusammen mit der seit zwei Jahren bestehenden selbstverwalteten BMX-Bahn im Gewerbegebiet Marzahn entwickelten sie ein Konzept, diese Veranstaltung in den Stadtteil zu öffnen und ein nachhaltiges Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu setzen. Dies unterstützte der lokale

Aktionsplan gegen Rechtsextremismus in Marzahn-Mitte, und es wurde eine Unterstützungsfinanzierung bewilligt.

Im September 2007 startete das bislang größte Marzahn-Hellersdorfer Zeltfestival. Es wurde ein voller Erfolg und 1.600 Besucherinnen verlebten drei aufregende Konzerttage.

Aber dies soll nicht das einzige Großereignis dieser Zusammenarbeit gewesen sein. Ein gemeinsamer Jugendtreff ist geplant, und auch Ideen für künftige Konzerte sind im Ent stehen.

Das Gelände der heutigen BMX-Bahn wurde den Jugendlichen vom Bezirksamt zur Verfügung gestellt. Sie müssen für die Betriebskosten selbst aufkommen. In den letzten zwei Jahren haben die jungen Menschen viel in Eigenleistung gebaut, repariert und investiert. Die BMX-Halle ist fast täglich geöffnet und bietet den Nutzerinnen Fahrmöglichkeiten, die in Marzahn-Hellersdorf selten bis gar nicht zu finden sind. Die Zukunft der Halle ist ungewiss, da ein Investor das Gelände bebauen möchte.

Bjoern Tielebein

Veranstaltung

» **8.1. - 7.2., montags - freitags 6 - 18 Uhr**, Dienstgebäude (ehemaliges Rathaus Marzahn), Helene-Weigel-Platz 8, 12681 Berlin, **Ausstellung** „Der Bankenskandal und die Jahrhundert-Schuldenflut Berlins – Nur ehrliche Aufklärung macht Berlin wieder zukunftsfähig“

» **16.1., 13 - 15 Uhr**, Rathaus, Alice-Salomon-Platz 3, Raum 235, 12627 Berlin, Bürgersprechstunde von Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle,

» **23.1., 19 Uhr**, Rudolf-Virchow-Oberschule, Glambecker Ring 90, 12679 Berlin, **Einwohnerversammlung** Marzahn-Mitte

» **28.1., 18.30 Uhr**, Rathaus, Saal, Alice-Salomon-Platz, 12627 Berlin, **Anhörung der BVV-Fraktion** der LINKEN zum Thema: Soziale Problemlagen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf nach Einführung des SGB II und Hilfeansätze durch die bezirklichen Gremien, Moderation: Zoe Dahler, Podiumsgäste: Kerstin Liebich (angefragt), Dagmar Pohle, Manuela Schmidt, Klaus-Jürgen Dahler.

Inhaltliche Schwerpunkte:

- Zu sozialen Problemlagen und Hilfeansätzen
- Soziale Erfahrungen in der Kinder- und Jugendarbeit
- Zu sozialen Problemen von Senioren im Bezirk

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Siegfrieds Frage

Der Eurofighter 2000 „Typhoon“ ...

... sorgt seit seinem Erstflug 1994 für Aufsehen.

Zum 1.1.2008 wurde die erste QRA (Quick Reaction Alert = Alarmstaffel) mit neun Typhoon im JG 74 Neuburg/ Donau einsatzbereit. Allein in die bauliche Infrastruktur dieses Horstes „müssen“ noch ca. 100 Mio. EUR fließen.

Alle Eurofighter werden sukzessive auf den Block 5 aufgerüstet: volle Luft-Luft-Fähigkeit mit u. a. angepasster Steuer-Software für den 9-g-Flugbereich, Lenkwaffen IRIS-T, Infrarot-Sensoren und AESA-Radar - dieses kann parallel Luft-Luft- und Luft-Boden-Funktionen abarbeiten!

Als fünfte Nation übernahm die neutrale österreichische Luftwaffe die ersten Eurofighter (75 Mio. EUR pro Stück), um ihre Saab – 35F Draken (Erstflug 1955; Modernisierung 1991) zu ersetzen.

Frage

Wie wird der längst entbrannte Wettstreit um den Ersatz der MiG 21 in den osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten verlaufen – zudem, wenn man bedenkt, dass die drei baltischen noch keine Kampffjets besitzen?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **22.1., 12.2., 26.2.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

Hauptversammlung

» **19.1.2008**, 10 Uhr Uhr, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin, zum Thema: „Nach der Mitgliederbefragung“

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **6.2.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55

» **6.2.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64 (bitte telefonisch erfragen bzw. im Internet nachsehen)

» **7.2.**, 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzstr. 24/26

» **7.2.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

IG / Freundeskreis

» 17.1., 15 Uhr, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**

» 17.1., 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Rentensprechstunde

» **21.1., 4.2., 18.2.** jeweils 10-12 Uhr in den Räumen des ver.di-Kieztreffs in den Ringkolonnaden, Mehrower Allee 28/30, Hilfe beim Antragstellen, Umgang mit Bescheiden

Sprechstunden

» **17.1., 15 - 17 Uhr**, **Bärbel Holzheuer-Rothensteiner** (MdA), Haus „Babylon“, Klausdorfer Straße 8, 12629 Berlin

» **21.1., 17 - 19 Uhr**, **Dr. Gabriele Hiller** (MdA), „Candela-Lounge“, Hellersdorfer Promenade 36, 12627 Berlin

» **30.1., 16 - 18 Uhr**, **Petra Pau** (MdB), Vizepräsidentin des Bundestages, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, telefonische Anmeldung unter 99289380

» **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12

(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

Offen: Montag 13-17 Uhr, Dienstag 9 - 17 Uhr, Donnerstag 9 - 19 Uhr, Freitag 9 - 15 Uhr

Geschlossen: Jeden Mittwoch

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen solcher Beiträge vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 7.1.2008. Auslieferung ab: 9.1.2008. **Druck:** Eigen druck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 7.2.2008 und am 6.3.2008.